

# Zwei Milliarden Bonus in der UBS?

**Debatte** Die «SonntagsZeitung» berichtete, die Finanzmarktaufsicht (Finma) habe auf Antrag der UBS zwei Milliarden Franken für Bonuszahlungen bewilligt. Wir fragten führende Wirtschafts- und Finanzmarktspezialisten der Parteien, ob sie dies mit Blick auf die 68-Milliarden-Hilfe von Staat und Nationalbank als gerechtfertigt erachten.

MATHIAS KÜNG, KAREN SCHÄRER



**ESTHER EGGER**  
(CVP/AG). PETER MOSIMANN

«Ich habe Verständnis, dass der Finma-Entscheid für viele Menschen schwierig nachvollziehbar ist. Dass Verwaltungsrat und oberste Kader jetzt keine Boni bekommen, ist klar.

Das Bonussystem ist aber nicht a priori schlecht. Es wäre nicht korrekt, einem einfachen Schalterbeamten, der die Zielvereinbarungen erfüllt hat, einfach den vertraglich vereinbarten Bonus zu streichen. Wichtig ist, dass in der jetzigen, schwierigen Situation für die Bank nicht hoch qualifizierte Leute abspringen. Dieses Risiko besteht auch im aktuellen Umfeld. Jetzt braucht die Bank erst recht topmotivierte Leute. Zentral ist für mich, dass die Finma und wir alle volle Transparenz haben, wie die Boni verteilt werden.»



**DANIEL VISCHER**  
(Grüne/ZH). UELI HILTPOLD

«Es gilt zwischen boniartigen Ausschüttungen an einfache Angestellte und an Kader zu unterscheiden. Angesichts der Staatshilfe für die UBS kann aber niemand im Ernst behaupten, die Bank habe ihre Geschäftsziele erreicht. Es ist ein Hohn, beim jetzigen Geschäftsgang überhaupt Boni auszuschütten. Jetzt rächt es sich, dass die Staatshilfe für die UBS via Notrecht durchgedrückt wurde und das Parlament nichts zu sagen hatte. Die Debatte zeigt auch, dass der Bundesrat seine Boniziele nicht durchsetzen kann. Auch die Finma versagt offensichtlich. Die öffentliche Hand wird von der UBS-Leitung regelrecht vorgeführt. Für künftige ähnliche Fälle brauchen wir klare gesetzliche Vorgaben, Notrecht darf da nie mehr angewendet werden. In einem Fall wie bei der UBS sind Formen der Verstaatlichung zu überlegen. Es darf nicht so weit kommen, dass Staatsinterventionen nach den Worten des Soziologen Ulrich Beck zu einem «Staatssozialismus für Reiche» führt!»



**PHILIPP MÜLLER**  
(FDP/AG). REMOTE.CH

«Dass sowohl Finma als auch UBS über die Höhe des Bonipakets keine Auskunft geben wollen, ist eine Sauerei. Dass die Finma das Paket aber offensichtlich von 3 auf 2 Milliarden Franken gekürzt hat, zeigt, dass die UBS

überhöhte Boni auszahlen wollte. Was die Zahlung betrifft, so ist indessen zu klären, wie viele Angestellte solche Boni in ihren Verträgen zugesichert haben, sodass eine Verweigerung zivilrechtliche Probleme brächte. Bei den andern ist zu klären, ob der Bonus gestrichen werden kann. Ein Familienvater beispielsweise darf dadurch aber nicht in existenzielle Schwierigkeiten kommen. Angesichts der mangelnden Transparenz bei Finma und UBS muss man gesamthaft sagen: In Sachen Kommunikation immer noch nichts dazugelernt! Wie soll es unter diesen Umständen gelingen, das Vertrauen in die UBS zurückzugewinnen?»



**SUSANNE LEUTENEGGER OBERHOLZER**  
(SP/BL). NARS-ZIMMER

«Rot-Grün verlangte einen Bonusstopp für die UBS-Kader, solange die Bank vom Staat gestützt werden muss. Die Bürgerlichen lehnten dieses Begehren wie alle Auflagen für das UBS-Stützungs-paket ab. Das erstaunt mich nicht, werden sie doch von der UBS gesponsert. Boni von 2 bis 2,5 Mrd. Franken auszuzahlen, nachdem die UBS von Bund und Nationalbank 68 Milliarden Staatshilfe beansprucht hat, ist untragbar! Auch deswegen, weil diese Bank noch bei weitem nicht über den Berg ist. Sie ist gut beraten, den kleinen Angestellten endlich anständige Fixlöhne und wieder einen 13. Monatslohn zu zahlen. Die Finma muss einen Bonistopp für die UBS-Kader durchsetzen, sonst ist der Finma-Präsident Eugen Haltiner nicht mehr tragbar.»



**SYLVIA FLÜCKIGER**  
(SVP/AG). REMOTE.CH

«Als Unternehmerin muss ich sagen: Kein Gewinn, rote Zahlen und schlechte Arbeit rechtfertigen in keiner Art und Weise Bonuszahlungen! Doch man muss die schwierige Situation der UBS differenziert betrachten. Erfolgreich arbeitende Abteilungen sollen gewisse Beiträge erhalten können. Sie sollen nicht bestraft werden für Abteilungen, die Fehler gemacht und schlecht gearbeitet haben. Immerhin ist festzustellen, dass die Boni tiefer ausfallen als letztes Jahr. Die aktuelle Situation UBS zeigt deutlich auf, wie schwierig es wird, wenn der Staat involviert ist. Die UBS muss so rasch als möglich wieder unabhängig werden, damit der Bund entlastet ist. Die aktuelle Bonusrunde verzögert diesen Schritt.»



**ANITA FETZ**  
(SP/BS). UELI HILTPOLD

«Es ist undenkbar, dass ein Betrieb, der so schlecht gewirtschaftet hat, dass er mit Steuergeldern in Milliardenhöhe gerettet werden muss, Boni auszahlt. Das ist schlicht nicht vertretbar. Es ist auch dumm von der UBS-Spitze, in dieser Situation die Ausschüttung von Boni zu beantragen. Damit torpediert sie ihre angeschlagene Glaubwürdigkeit erneut. Hier hat offenbar eine ganze Reihe von Herren rein gar nichts gelernt. Falls die Finma das bewilligt hat, ist es ein Skandal. Es ist höchste Zeit, dass Bundesrat Merz für Remedur sorgt, denn für diese Verschleuderung von Steuergeldern muss der Bundesrat geradestehen.»



**PIRMIN BISCHOF**  
(CVP/SO). REMOTE.CH

«Solange der Staat an der UBS beteiligt ist, soll die Bank keine Boni an Verwaltungsräte und Topmanagement auszahlen. Es ist aber nicht richtig, jedem Schalterbeamten jeden Bonus zu streichen und damit gültige Arbeitsverträge zu verletzen. Die Finanzmarktaufsicht muss eine gerechte, aber strengere und bissigere Aufsicht über die Banken ausüben. Sie muss Verträge durchsetzen, die Boni nur bei Erfolg vorsehen. Das kürzlich angekündigte Bonus-Malus-System der UBS geht in die richtige Richtung. Bundesrat Merz steht nun in der Pflicht. Notfalls werden wir als Gesetzgeber tätig werden.»



**HANS GRUNDER**  
(BDP/BE). P. MOSIMANN

«In einer Zeit, in der man das Grossunternehmen UBS mit Staatsgeldern unterstützen muss, ist es absolut unpassend, dass die Bank Boni auszahlen will. Die UBS zeigt hier absolut kein Finger-spitzengefühl für die Situation der Realwirtschaft. Das Problem ist, dass bei der UBS immer noch Leute am Ruder sind, die nicht sehen, wo wir stehen. Sie müssen erst noch auf den Boden der Realität kommen. Die Finanzmarktaufsicht hätte den Antrag der UBS nicht nur von 3 auf 2 Milliarden Franken verhandeln, sondern ganz zurückweisen sollen. Die Aufsicht hat sich wohl von der Gegenseite zu einem Entscheid hinreissen lassen. Das könnte darauf hindeuten, dass sie nicht so unabhängig ist, wie sie sein sollte.»



**HANS KAUFMANN**  
(SVP/ZH). REMOTE.CH

«Die 2 Milliarden sind noch nicht bestätigt. Sollten sie stimmen, könnte ich dies nicht verurteilen. Die Summe wäre in Relation zur Lohnsumme von 2007 über 24 Milliarden Franken zu setzen. Boni sind für mittlere und untere Kader Lohnbestandteile. Wer gut arbeitet, hat diesen auch verdient. So einfach streichen kann man ihn nicht. Ich wollte mal einem Mitarbeiter den Bonus kürzen. Die Personalabteilung wehrte sich heftig mit Blick auf das Arbeitsgesetz. Ein zweifach, dreifach bezahlter Bonus wird zum Lohnbestandteil. Die UBS wird zwei, drei Jahre brauchen, um die Boniregelung neu auszuhandeln.»



**CORINA EICHENBERGER**  
(FDP/AG). REMOTE.CH

«Der Betrag von 2 Milliarden Franken erschreckt, da er sehr hoch ist. Doch man muss das in Relation zur Anzahl UBS-Mitarbeitenden sehen. Viele haben ihre Arbeit gewissenhaft gemacht. Sie sollten nicht wegen der Finanzkrise auf ihren Bonus verzichten müssen. Die UBS ist auf gute und motivierte Mitarbeiter angewiesen. Bei Management und höherem Kader muss man – wie bei allen anderen auch – gewissenhaft abklären, ob sie ihre Arbeit so gemacht haben, dass sie einen Bonus verdienen. Und der Bonus für das Kader und Management sollte auf jeden Fall auf ein vernünftiges Mass herabgestuft werden.»